

WIR für St. Urban

Gemeinderatsfraktion

An den Gemeinderat
der Gemeinde St. Urban

St. Urban, am 10.03.2025

Die unterfertigten Gemeinderäte stellen lt. § 41 Abs. 3 der K-AGO den selbständigen Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

Der Bürgermeister sollte alle rechtlichen Schritte innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs einleiten, um zu überprüfen, ob die Vermietungen im ehemaligen St. Urbaner Hof und Hotel Bellis ordnungsgemäß durchgeführt werden. Zudem muss eine umfassende baurechtliche und brandschutztechnische Prüfung angeordnet werden. Darüber hinaus sollten sämtliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Anzahl der ukrainischen Staatsbürger:innen im Ortskern zu verringern.

Begründung:

Vor einigen Jahren wurden der ehemalige St. Urbaner Hof und das Hotel Bellis verkauft. Jahrelang standen die Gebäude leer, doch in den letzten Jahren nahm die Situation eine fragwürdige Wendung. Der Eigentümer der beiden Objekte begann, die Räumlichkeiten an ukrainische Staatsbürger:innen zu vermieten. Diese Entwicklung hat inzwischen ein solches Ausmaß angenommen, dass mittlerweile über 150 ukrainische Staatsbürger:innen direkt im Ortskern von St. Urban wohnen. Das macht etwa 10% der Gesamtbevölkerung aus und einen deutlich höheren Anteil im Vergleich zu den ansässigen Bewohner:innen im Ortskern.

Dieser Zuzug hat auch zu einem deutlichen Anstieg der Schüler:innenzahl mit ukrainischer Herkunft geführt, was zusätzliche Herausforderungen für die Schule mit sich bringt. Es zeigt sich, dass die Anzahl der ukrainischen Staatsbürger:innen in St. Urban mittlerweile zu hoch ist und eine Belastung für die Gemeinde darstellt.

Darüber hinaus besteht der Verdacht, dass sowohl der ehemalige St. Urbaner Hof als auch das Hotel Bellis baurechtliche und brandschutztechnische Mängel aufweisen, die umgehend behoben werden müssen. Ebenso gibt es Hinweise darauf, dass die Vermietungen möglicherweise nicht korrekt ablaufen und weitere Missstände herrschen bzw. kommen könnten. Daher wird der Bürgermeister aufgefordert, alle rechtlichen Möglichkeiten in seinem Zuständigkeitsbereich ausschöpfen, um dieser Situation entgegenzuwirken und die nötigen Überprüfungen und Maßnahmen einzuleiten.

Eine zentrale Frage, die sich stellt: Hätte in den vergangenen Jahren früher gehandelt werden müssen, um diese Entwicklung rechtzeitig zu verhindern? Wurden entscheidende Maßnahmen versäumt?

Unterschrift des/der GR die den Antrag einbringen.